

## Der lange Schatten des Arthur James Lord Balfour

Von Arne C. Seifert

Am 2. November 1917, bestätigte der britische Außenminister Balfour (1848-1930) in einem Brief an Lord Rothschild, damals stand dessen transnationale Großfamilie an der Spitze der europäischen Hochfinanz, was das Foreign Office in fast zweijährigen Verhandlungen mit Abgesandten der Zionistischen Weltorganisation ausgemacht hatte: «Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.»

Die Wiege jener folgenschweren Vereinbarung, eingegangen in die Geschichte des Nahen Ostens und der internationalen Beziehungen als „Balfourdeklaration“, stand im Umfeld des Vormachtgerangels der damaligen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und des zaristischen Russlands um die Aufteilung des osmanischen Erbes im Nahen und Mittleren Osten. Zu dieser Zeit rang die zionistische Bewegung bereits zwanzig Jahre weitgehend erfolglos um die Unterstützung durch die Großmächte. Diese hatte eine erste Gruppe entschlossener Wegbereiter ins Leben gerufen, welche sich die Lösung der, wie sie Herzl selbst nannte, „Judenfrage“ auf die Fahne schrieb. Initiiert von dem Wiener jüdischen Journalisten Dr. jur. Theodor Herzl (1860-1904) hatte sich die Zionistische Weltorganisation am 29. August 1897 im Saal des Stadtkasinos von Basel konstituiert und das «Baseler Programm» verabschiedet. Als ihr Ziel präziserte sie: «Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlichrechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.» Herzls Nachfolger, darunter David Wolffsohn (1856-1914) und auch schon der spätere erste Präsident Israels Chaim Weizmann (1874-1952), kalkulierten in jener Konkurrenzsituation die koloniale Interessenlage Großbritanniens nüchtern. «Wenn Großbritannien verhindern will, daß Palästina einer anderen Macht zufällt, so muß es auf der Hut sein und jedem Eindringen anderer Mächte einen Riegel vorschieben», schrieb Chaim Weizmann im März 1915 an den Herausgeber des „Manchester Guardian“, C.P.Scott. Er bot die Dienste eines jüdischen Staates an: «Ein starker jüdischer Staat in der ägyptischen Flanke ist ein wirksamer Schutz gegen jede etwaige Gefahr vom Norden. England hätte in den Juden die geeignetsten Vermittler, die besten Dolmetscher ihrer Ideen in den östlichen Ländern, sie wären eine Brücke zwischen zwei Zivilisationen.» Zwar sei letzteres nicht unbedingt ein praktisches Argument, gab Weizmann zu, doch dürfte es «sicher bei einigen Politikern, die gern fünfzig Jahre voraussehen, schwer ins Gewicht fallen».

Es fiel ins Gewicht. Weizmann hatte sich nicht getäuscht. Es wog um so mehr, als sich nach dem britisch-französischen Sykes-Picot-Geheimabkommen vom Mai 1916, welches die arabische Welt in Einflusszonen aufteilte und das nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 von der Sowjetregierung als ein Dokument der Geheimdiplomatie des Zarismus veröffentlicht wurde, die Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft im Nahen Osten noch weiter zuspitzten. Hinzu kam das Unabhängigkeitsstreben der arabischen nationalen Kräfte. Im ersten Weltkrieg kämpften sie auf Seiten der Entente gegen die türkische Vorherrschaft.

Dafür war ihnen von Großbritannien und Frankreich versprochen worden, dass sie nach dem Sieg unabhängige arabische Staaten zulassen würden. Nun begannen die Araber die Einlösung des Versprechens zu fordern. Der britischen Regierung war in dieser Situation daran gelegen, Argumente für die Errichtung ihres Mandats über das Zentrum der arabischen Welt, Palästina, zu bekommen. Sich für die Errichtung einer jüdischen Heimstatt einsetzen zu wollen erschien den englischen Politikern als eine international wirksame Begründung. Also verband man in der britischen Regierung die zionistische Idee von der Gründung des Judenstaates mit dem eigenen Bestreben nach dem Mandat über Palästina. Im Sommer 1916 nahmen Vertreter der zionistischen Bewegung und Mark Sykes, stellvertretender britischer Verteidigungsminister und Mitverfasser des Sykes-Picot-Abkommens, Verhandlungen auf. Nahezu ein halbes Jahrhundert sollte vergehen, ehe die Welt erfahren durfte, was damals ausgehandelt wurde. Zwei Journalisten der «Sunday Times» enthüllten 1969 in ihrem Buch «Die geheimen Leben des Lawrence von Arabien» auf der Grundlage bis dahin geheimer Archivpapiere des britischen Außenministeriums die Abmachungen jener Gespräche. Die Vertreter der zionistischen Bewegung verpflichteten sich, England bei der Herbeiführung und Errichtung des britischen Mandats in Palästina zu unterstützen, wenn die Krone als Gegenleistung eine jüdische Heimstatt förderte. Das Foreign Office formulierte das britische Einverständnis in jenem ominösen Brief Balfours an Rothschild.

Schon am 11. Oktober 1917 waren die britischen Truppen unter General Allenby in Jerusalem einmarschiert.

Die neue Lage ermutigte die damalige Führung der zionistischen Bewegung, ihre Vorstellungen von der nationalen Heimstatt auf den Tisch zu legen. Im Februar 1919 breitete die von ihr zur Pariser Friedenskonferenz entsandte Delegation eine Karte vom zukünftigen jüdischen Staat auf dem Beratungstisch aus. Ihr zufolge sollten dazu gehören: im Norden ein bedeutender Teil des heutigen Libanons mit den Häfen Tyr und Saida, der größte Teil Syriens, die Golanhöhen, die Städte Banias und Kuneitra, im Osten das gesamte Westufer des Jordans, im Süden der Hafen Akaba, das Gebiet von Gaza und ein bedeutender Teil der Sinaihalbinsel. Die auf jener Karte eingezeichneten Grenzen des jüdischen Staates verliefen nur fünf Meilen von Amman entfernt, fünfzehn Meilen von Damaskus und zwanzig von Beirut.

Bei der Aufteilung des Osmanischen Reiches als Kriegsbeute der Entente hatte es die britische Krone verstanden, auf der Konferenz von San Remo im April 1920 das Mandat man nannte das in höflicher Umschreibung auch Treuhandschaft über Palästina zu erlangen. Eine Delegation der zionistischen Weltorganisation, geleitet von ihrem Vizepräsidenten Chaim Weizmann, hatte das Anliegen Londons warm unterstützt. Im Friedensvertrag von Sevres wurde Großbritannien im Artikel 95 am 10. August 1920 das Mandat übertragen.

In der Präambel des Mandatsvertrages war der wichtigste Teil der Balfour-Deklaration verankert. Das Mandat sah vor, in Palästina solche «politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen» zu schaffen, dass die Errichtung der jüdischen Heimstätte gewährleistet würde. Achtzehn Jahre nach dem Tode ihres Gründers erfuhr Herzls zionistische Partei ihre wohl wichtigste internationale Aufwertung, indem sie im 1922 vom Völkerbund gebilligten Mandatsvertrag für Palästina offiziell Partner der britischen Regierung wurde.

Hier war eines der übelsten kolonialen Ränkespiele der Geschichte gelaufen. Großbritannien hatte Palästina gleichzeitig arabischen Emiren wie der zionistischen Bewegung verspro-

chen, wusste man doch, dass jeder danach trachten würde, den anderen zu verdrängen. *Divide et impera* - teile und herrsche. Die britische Kolonialmacht hatte die Wurzeln für nationale Feindschaften, für Hass und Spannungen gelegt, die noch bis in die Gegenwart ihre giftigen Triebe hervorbringen sollten.

Im 90. Jahr nach der Balfourdeklaration wurde Tony Blair zum Repräsentanten des internationalen Nahostquartetts für die Regelung jenes Konfliktes berufen, an dessen Wiege die Kolonialpolitik seines eigenen Staates mit Pate stand. Die Hoffnung ist gering, dass er, der an Bushs Seite britische Truppen wieder in den Irak führte und ein „master of disaster“ der heutigen westlichen Nahostpolitik ist, die erforderliche Weitsicht aufzubringen vermag, aus der eigenen Kolonialgeschichte Lehren zu ziehen.

Der Schatten des Arthur James Lord Balfour bleibt lang.